

V-3 Israel und Palästina: Humanität und Menschenrechte für alle!

Gremium: Landesvorstand Grüne Jugend Hamburg
Beschlussdatum: 21.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Humanität und Menschenrechte für alle

2 Am 07. Oktober 2023 haben die islamistische Terrororganisation Hamas, der
3 Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und weitere kleinere Gruppen
4 einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit
5 tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist*innen. Diese Angriffe
6 sind auch Angriffe auf Israel als Schutzraum jüdischen Lebens. Dieser brutale
7 Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

8 Gerade deshalb sind wir solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen,
9 die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und
10 gerade jetzt instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden
11 Palästinenser*innen, die im vergangenen Jahr verletzt wurden oder getötet wurden
12 oder sich nun, teilweise zum wiederholten Male, auf der Flucht befinden.
13 Weiterhin braucht es dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen
14 alle in der Region Verantwortung.

15 Die Bilder der letzten Wochen werden immer brutaler wie jene vom Al-Aqsa
16 Krankenhaus. Menschen, die in den Flammen bei lebendigem Leibe verbrennen. Eine
17 gewaltige Welle an Empörung bleibt aus. Die Menschen sind abgestumpft, erwarten
18 eine konstante Steigerung des Leids. Wir sagen: Zehntausende Tote, die meisten
19 davon Frauen und Kinder, ist Leid genug! Das israelische Militär hat große Teile
20 des Gazastreifens in Schutt und Asche gelegt. Besonders betroffen sind davon
21 Zivilist*innen. Die Hamas versteckt sich hinter Zivilist*innen, womit sie das
22 internationale Völkerrecht bricht und nutzt Fallen, um Soldat*innen auf
23 brutalste Art und Weise zu töten. Trotzdem zeigen verschiedene Umfragen, dass
24 nach wie vor mehr als die Hälfte aller Menschen in Gaza den Terrorangriff auf
25 Israel für richtig halten. Der Hass in der Region ist spürbar. Eine langfristige
26 Konfliktlösung muss dies berücksichtigen. Neueste Berichte werfen auch dem
27 israelischen Militär vor, Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde zu
28 nutzen, und die Äußerungen von einzelnen rechtsextremen Regierungsmitgliedern

29 entmenschlichen Palästinenser*innen.

30 Dieser Krieg zeigt auf, welche Wirkungen Desinformationskampagnen haben. Es
31 braucht jetzt sicheren unabhängigen Journalismus im Gazastreifen, der über die
32 grausame Lage neutral berichten kann. Darüber hinaus sind auch deutsche Medien
33 aufgefordert, ihre Fakten zu prüfen und nicht auf die Propaganda der Hamas und
34 Israels hineinzufallen und diese zu reproduzieren. Darüber hinaus werden
35 Zivilist*innen Spielball mehrerer Kriegsparteien gleichzeitig und deshalb muss
36 der Schutz dieser ein Fokus bei der Konfliktlösung sein.

37 Dabei verursachten die israelischen Verteidigungsmaßnahmen und
38 Vergeltungsangriffe nach dem 7. Oktober 2023, bei denen mindestens 1200
39 Zivilist*innen getötet und 239 entführt wurden, besonders im Gazastreifen, eine
40 humanitäre Katastrophe, die tausende zivile Opfer forderte und wesentliche
41 Infrastruktur zerstörte. Wir begrüßen, dass die EU eine Luftbrücke zur
42 Versorgung der Menschen in Gaza eingerichtet hat und erwarten weiterhin von
43 allen in der Region maximale Bereitschaft dazu, die humanitäre Situation zu
44 verbessern. Tatsächlich kommen jedoch bisher zu wenige Güter sicher an, unter
45 anderem da die Hamas Hilfsgüter beschlagnahmt und überteuert an die Menschen
46 verkauft, aber auch weil NGOs und andere Akteure Angst vor Beschuss durch das
47 israelische Militär haben. Die humanitäre Krise im Gazastreifen erfordert
48 sofortige Maßnahmen. Dabei verurteilen wir die Pläne Israels, das UN Hilfswerk
49 UNRWA zu schließen und auf dem Gelände des Hauptquartiers Siedlungen zu
50 errichten zu wollen.

51 Die anhaltende Gewalt muss beendet und eine politische Lösung durch
52 Verhandlungen und die Achtung der Menschenrechte angestrebt werden. Wir fordern
53 die Terrororganisation Hamas deshalb auf, die Waffen niederzulegen, alle
54 verbliebenen Geiseln sofort zu befreien und sicher an Israel zu übergeben, damit
55 auch Israel die Waffen niederlegen kann. Die internationale Gemeinschaft muss
56 Verantwortung übernehmen und Schritte für Frieden und Gerechtigkeit einleiten.

57 **Stoppt das Töten von Zivilist*innen, Deeskalation jetzt!**

58 Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung und Existenz. Es wäre allerdings ein
59 Trugschluss, zu sagen, dass Frieden nur von Israel abhängt. Das Gegenteil ist
60 der Fall: Israel ist umgeben von antisemitischen Terrororganisationen und
61 deshalb ist es wichtig, dass Israel sich verteidigen darf und kann. Immer wieder
62 wird der Vorwurf eines Genozids von Israel an den Palästinenser*innen erhoben.
63 Deshalb fordern wir die schnelle Aufklärung durch unabhängige Organisationen und
64 zuständige Gerichte während und nach dem Konflikt. Bis dahin geht es darum, dass
65 der Konflikt nicht weiter eskaliert, wobei dies genau die Realität ist. Israel
66 reagiert auch auf Angriffe aus dem Iran oder der Hisbollah im Libanon mit
67 militärischen Gegenmaßnahmen, die auch die Zivilbevölkerung treffen. Wir haben
68 Angst vor weiterer Eskalation und Leid in der Zivilbevölkerung.

69 Während wir den Kampf gegen die Terrororganisationen Hamas, Hisbollah und das
70 iranische Unrechtsregime unterstützen, sehen wir die derzeitige Kriegsführung
71 durch die rechtsextreme Regierung Israels sehr kritisch.

72 Wir fordern den Bundesvorstand der Grünen Jugend auf:

73 Der Bundesvorstand der Grünen Jugend setzt sich für folgende Forderungen in der
74 Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsarbeit und in Gesprächen mit bündnisgrünen
75 Akteuren und Verantwortungsträger*innen ein:

- 76 1. Für Frieden, Sicherheit und Freiheit im Nahen Osten fordern wir eine
77 ZweiStaaten-Lösung und das sofortige Ende der völkerrechtswidrigen
78 Siedlungspolitik in den palästinensischen Autonomiegebieten.
- 79 2. Auf die EU, UNO und Arabische Liga einzuwirken, einen sofortigen
80 umfassenden Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas zu erwirken und
81 den ungehinderten humanitären Zugang in den Gazastreifen zu ermöglichen.
- 82 3. Sich mit Nachdruck für die Achtung der Menschenrechte, des humanitären
83 Völkerrechts und der Genfer Konventionen für die Palästinenser
84 einzusetzen.
 - 85 ◦ Die Grüne Jugend wird Bildungsarbeit zur Verfügung stellen, die sich
86 kritisch mit den Verflechtungen des Unrechtsregimes im Iran, den
87 Terrororganisationen Hisbollah und Hamas sowie der Regierung und
88 Politik Israels, der Geschichte des Nahost Konflikts und einer
89 Lösung dessen auseinandersetzt.
- 90 4. Die Bundesregierung aufzufordern, als Bundesrepublik Deutschland Palästina
91 als Staat offiziell anzuerkennen.

92 **Wir weisen Rassismus entschieden zurück!**

93 Wir als Grüne Jugend sehen aber, dass unser Wirksamkeitsbereich auf Deutschland
94 beschränkt ist. Doch auch hier macht sich der Krieg bemerkbar. Antisemitismus
95 und antimuslimischer- und antiarabischer Rassismus sind auf einem Hoch, wie
96 lange nicht mehr. Dabei zeigt sich besonders eine Entsolidarisierung gegenüber
97 unseren muslimischen, arabischen und jüdischen Mitmenschen. Wir verurteilen
98 diskriminierende Handlungen, ob antisemitisch oder anti-muslimisch, und bedauern
99 deren Anstieg seit den Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023.

100 Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf
101 diejenigen, die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feierten, im
102 vergangenen Jahr immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt

103 wurde, ist schäbig: In Deutschland lebenden Muslim*innen kollektiv zu
104 unterstellen, die Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch.

105 Selten haben sich Menschen aus der muslimischen, arabischen sowie jüdischen
106 Community so alleine und ausgegrenzt gefühlt. Dazu kommt eine Politik, die
107 ständig gegen Migrant*innen hetzt. Sei es Friedrich Merz, der gegen
108 migrantisierte Taxifahrer hetzt, eine CSU, die antimuslimisches
109 Propagandamaterial herstellt, das an dunkelste Zeiten erinnert, oder Grüne, die
110 eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen durchwinken. Auch die zunehmenden
111 Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus wird nicht
112 durch die Beteiligung an rassistischen Debatten bekämpft. Antimuslimischer
113 Rassismus ist keine Strategie gegen Antisemitismus! Antisemitismus ist nicht
114 „importiert“!

115 Wir sagen: Es reicht! Dieser Teufelskreis der Hetze gegen Muslim*innen darf
116 nicht weiter befeuert werden. Die Gefahr von rechts richtet sich nicht nur gegen
117 Jüd*innen, sondern auch gegen Migrant*innen und viele andere marginalisierte
118 Gruppen. Deutschland hat ein echtes Problem mit Islamismus. Anstatt dieses
119 entschlossen anzupacken, wird weiterhin ein Keil durch die Gesellschaft
120 getrieben, der Menschen nur noch weiter in die Radikalisierung treibt. Statt
121 Populismus braucht es jetzt eine solidarische und integrierende Politik!